

Eckehard Niemann, Dipl.Ing.agr.  
Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – AbL  
Koordination Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken  
29553 Varendorf, [eckehard.niemann@freenet.de](mailto:eckehard.niemann@freenet.de)

**Beitrag für den Rundbrief der Landberatung Uelzen:**

## **Bäuerliche Strategien in der Schweine- und Geflügelhaltung**

Die Erzeugerpreise für Schlachtschweine und noch mehr für Ferkel liegen seit Jahren für alle Landwirte weit unterhalb der Rentabilitätsschwellen. Ein Licht am Ende des Tunnels ist nicht in Sicht. Europaweit tun die Schweinehalter ihre Verzweiflung kund: in Holland zuletzt mit einer Kette von Schweineköpfen vor den Schlachtereien, in Spanien mit Demonstrationen, in unserem benachbarten Heidekreis mit einer Demonstration in Beerdigungskleidung.

### **Was ist die Ursache der ruinösen Verhältnisse?**

Die Antwort ist einfach: Es gibt deutschland- und EU-weit massive Überschüsse bei einem wachsenden Selbstversorgungsgrad von 110 % und mehr. Auf dem Markt sinkt zwangsläufig der Preis, wenn das Angebot größer ist als die Nachfrage. Und diese Nachfrage stagniert, zunehmend auch unter dem Einfluss der konkurrierenden Billigpreise für Puten- und Hähnchenfleisch (wo eine ähnliche Überschuss-Preismisere herrscht). Hinzu kommen seit einem Jahr die drastisch gestiegenen Futtermittelkosten infolge der gestiegenen Getreidepreise und wegen der ebenso gestiegenen Sojaschrot-Preise (z.B. China kauft massiv Soja zum Aufbau der eigenen Veredlung) – diese Hochpreise bei Getreide und Futtermitteln dürften unter dem Einfluss des Ölpreises und der damit verbundener Ethanolgewinnung anhalten.

### **Warum gibt es diese ruinöse Überschuss-Produktion?**

Eins steht fest: Für Mäster und Sauenhalter macht sie keinen Sinn. Sie wird propagiert und systematisch angeheizt durch die großen Schlachtkonzerne, die angesichts übersättigter Märkte in Deutschland und Europa ihre Überschüsse nun auf dem so genannten „Weltmarkt“ absetzen wollen. Das heißt im Umkehrschluss: die hiesigen Schweinehalter müssen zu den Bedingungen und Kosten der Konkurrenz in Brasilien und den USA erzeugen – mit deren klimatischen Vorteilen, Billiglöhnen, fehlenden Umweltvorgaben und Konzernstrukturen. Denn der „Weltmarkt“ wird bestimmt von den großen brasilianischen Fleischkonzernen, die bereits etliche der US-Fleischkonzerne übernommen haben. Große Konzerne (so wie Smithfield in den USA mit 1,3 Millionen Sauen) beherrschen die Szene. Eigentlich klar, dass diese Weltmarkt-Strategie für Landwirte keinen Sinn macht. Sinn macht dies allenfalls für einige Manager der Fleischkonzerne, die nach Umsatz bezahlt werden oder ganz einfach unkritisch der Globalisierungs-Propaganda folgen.

### **Sind die Märkte in Russland und China unsere Perspektive?**

Wenn vom „Weltmarkt“ geredet wird, sind ja immer Russland und „China“ gemeint. Die deutschen Fleischexporte gehen zur Hälfte nach Russland und zu einem Viertel nach Hongkong (nicht nach China). Wohlgermerkt, im Konkurrenzgerangel mit Brasilien und den USA, die ihre Überschüsse ebenso dort abladen wollen. Hinzu kommt folgender Fakt: Russland will in 5 Jahren seine Selbstversorgung erreichen und danach sogar exportieren - und baut derzeit mit Hilfe dänischer, holländischer und deutscher Schweinekonzerne (Tönnies) riesige Sauen- und Mastkapazitäten auf. Und Hongkong wird in absehbarer Zeit

von China beliefert werden, das seine Veredlung ebenso strategisch aufbaut. Wer also hierzulande jetzt einen Schweinestall baut, muss wissen, dass weit vor der Hälfte der Abschreibungsdauer die Marktaussichten noch dramatisch schlechter werden dürften.

### **Warum werden denn dann immer noch Stallkapazitäten aufgebaut?**

Vielen Landwirten werden diese obigen Tatsachen nicht deutlich genug dargestellt oder sogar mit undifferenzierten Prognosen beschönigt. Dies liegt auch daran, dass die Marktberichterstattung nach dem Ende der ZMP noch mehr unter dem Einfluss der Schlachtunternehmen liegt und dass die Strategie des Bauernverbands so lautet: Wenn es den Schlachtkonzernen gut geht, dann fällt bestimmt auch für die Bauern was ab in Form besserer Erzeugerpreise.

Dass dies nicht stimmt, müsste mittlerweile jedem klar sein, dies zeigen auch die heftigen Debatten im Schweinehalter-Verband ISN. Offenbar wird eine klare Ausrichtung auf die Erzeugerinteressen dadurch verhindert, dass der Bauernverband sich auf die Globalisierungs-Ideologie (Sicherung der Welternährung durch unsere mit Gensoja aus Brasilien erzeugten Überschüsse) festgelegt hat. Leider ist dies auch die Brille, durch die landwirtschaftliche Vertreter bei Westfleisch oder VION (Werner Hilse ist dort im Aufsichtsrat) ihre Tätigkeit sehen. Hinzu kommt, dass die Gewinne der deutschen Schlachtunternehmen dadurch stabilisiert werden, dass hierzulande (anders als im Ausland) Niedrigstlöhne in der Schlachtung gezahlt werden – weshalb Danish Crown ja auch hiesige Kapazitäten kauft.

Eigentlich müssen alle Akteure dieses obige ruinöse Szenario kennen. Offenbar gibt es aber nicht wenige Investoren, die meinen, dass unter dem Einfluss dieser ruinösen Verhältnisse viele mittelständische Betriebe aufgeben müssen – so dass sie selber dann übrig bleiben und den Markt bestimmen. Diese Sicht gilt vor allem für viele große Schweinehaltungs-Konzerne (Straathof-Holding und andere), die hauptsächlich in Ostdeutschland die dortigen Ex-DDR-Strukturen und jetzigen Förderbedingungen nutzen, um riesige Agrarfabriken mit Zehntausenden von Sauen und Hunderttausenden von Mastplätzen aufzubauen. Das Startkapital – sofern es nicht von Genetik- und Futtermittelkonzernen stammt - haben holländische Investoren vom niederländischen Staat erhalten, damit sie – angesichts der dortigen Umweltmisere – ihre Standorte nach außerhalb verlagern. Hinzu kommt: Nach Aussagen von Beratern gehört ein Drittel der Schweineställe – nach außen unerkant – bereits Kapitalgebern und Gläubigern aus der Futtermittel- oder Tierarztbranche

### **Und jetzt kommen noch Tierschutz-Auflagen hinzu...**

Gut verständlich, dass unter diesen Verhältnissen jede Debatte um mehr Tierschutz als existenzbedrohlich empfunden wird – ob es nun die anstehende Umstellung auf die Gruppenhaltung von Sauen oder die Umsetzung von EU-Vorgaben zum Verbot des betäubungslosen Kastrierens oder des Schwänze-Kupierens ist. Wenn dies so und ohne massive Umstellungshilfe käme, würde dies zweifellos das Ausscheiden vor allem kleinerer und mittlerer Betriebe forcieren. Tatsache bleibt aber auch: Die Ursache und weiter wirkende Grundlage der Misere ist nicht der Tierschutz, sondern die systematische Überproduktion für den „Weltmarkt“!

### **Wo liegt die Lösung?**

Auch hier ist die Antwort klar: Die produzierten Angebotsmengen müssen runter, zumindest die Überschüsse müssen abgebaut werden auf einen EU-Selbstversorgungsgrad von 100%. Dies ist auch die klare Forderung ausländischer Schweineerzeuger: Der holländische Schweineerzeugerverband, der seine Interessenvertretung auch konsequenter gegen die

dortigen Schlachtunternehmen ausrichtet, fordert eine Quote. Der belgische Verband fordert eine staatliche Rauskauf- und Schlachtaktion für Sauen nach nordamerikanischem Vorbild.

Richtig daran ist: Der Markt bestimmt, er richtet sich nach Angebot und Nachfrage. Wenn die Erzeugung bzw. das Angebot von landwirtschaftlichen Produkten sinkt, dann steigen die Erzeugerpreise – und zwar nicht nur proportional sondern weit überproportional: Eine Angebotsminderung um 10 % ließe die Erzeugerpreise um 20% oder mehr steigen. Eigentlich eine naheliegende und gute Sache, oder?

### **Wie erreicht man diese erzeugerpreis-erhöhende Mengenreduzierung?**

Die holländischen und belgischen Vorschläge gehen in diese Richtung, werden aber kaum Erfolg haben. Dies liegt unter anderem daran, dass gerade Vertreter der Schweinebranche seit Jahrzehnten herausposaunen, sie lehnten als marktgläubige „Unternehmer“ staatliche Eingriffe ab. Hinzu kommt, dass die Akzeptanzkrise hinsichtlich der Art der Schweinehaltung nicht gerade öffentliche oder politische Sympathien oder Hilfsbereitschaft befördert. Und dies umso mehr, als die „Branchenkommunikation“ der Agrarindustrielobby die Vorbehalte der angeblich „unwissenden und romantisierenden“ Verbraucher nicht ernst nimmt, sondern sie durch „Aufklärung“ hin zu den angeblichen Vorzügen „moderner Tierhaltung“ „mitnehmen“ will. Je mehr man dies propagiert, desto mehr landet man im gesellschaftlichen Abseits – eine ebenso dramatische Bedrohung der Zukunft einer mittelständischen Tierhaltung.

### **Reden Verbraucher nur?**

Befragungen ergeben seit Jahren das gleiche Ergebnis: Verbraucher verlangen von der Landwirtschaft zu allererst eine „artgerechte Tierhaltung auf Bauernhöfen“, die derzeitigen Preise für Fleisch wären eigentlich „zu niedrig“. Diese Aussagen werden zumeist als bloße Lippenbekenntnisse abgetan - was angesichts des tatsächlichen Einkaufsverhaltens ja auch plausibel erscheint. Die allermeisten VerbraucherInnen (übrigens auch die Landwirte) kaufen ja nach wie vor nach dem (Billig-)Preis ein – wegen der „Geiz ist Geil“-Mentalität, wegen knapper Haushaltsmittel, wegen fehlenden Wissens, wegen Deklarationen auf den Packungen („Bauernglück“, „Gutfleisch“, „Premium-Fleisch“) oder wegen des Fehlens eines entsprechenden Angebots vor Ort. Professor Spiller (Agrarökonom, Uni Göttingen) schätzt den aktuell wirklich möglichen Kaufumfang für „artgerecht erzeugte Produkte“ immerhin auf 20%, wenn diese Ware denn wirklich flächendeckend im Angebot wäre. Der Deutsche Tierschutzbund und VION wollen diesen hochpreisigeren Markt nun mit dem „Silbernen“ und „Goldenen Tierschutzsiegel“ ausschöpfen.

Dabei kann man – nach dem Vorbild der „Neuland“-Haltung – wichtige Erfahrungen über Vermarktung und artgerechtere Tierhaltung sammeln - aber bei Fortbestand der obigen Überschuss-Produktion kommt vermutlich nur eine Abgeltung der erhöhten Kosten für diese erhöhten Standards (mehr Platz, Zugang zu Stroh) dabei heraus. Die Überschuss-Situation wird dadurch aber kaum entspannt – wir brauchen Lösungen für alle Schweinehalter, damit das artgerechter erzeugte Fleisch nicht nach dem Motto „ruinöser Basispreis plus Abdeckung zusätzlicher Kosten“ bezahlt wird.

Deshalb ist die Einsicht wichtig, dass die allermeisten VerbraucherInnen das, was sie bei Befragungen sagen, wirklich meinen und beileibe nicht lügen – auch wenn sie beim praktischen Einkauf immer noch davon abweichen. Jeder Verbraucher ist auch Bürger. Wie beim Verbot der Käfighaltung bei Legehennen gäbe es keinen wirklichen Verbraucherprotest, wenn bestimmte Tierhaltungsverfahren verboten würden und wenn dadurch die Verbraucherpreise ansteigen würden. Ganz abgesehen davon, dass die Erzeugnisse aus artgerechter Haltung ganz anders schmecken können und ein verringerter Fleischkonsum gesundheitliche Vorteile bringt.

Genau hier und nur hier liegt der Ansatz für eine Strategie für eine erzeugerpreis-steigernde Mengenverringerng mit gesellschaftlicher und politischer Akzeptanz:

### **Mengenabbau durch artgerechte, bäuerliche Tierhaltung und Verbot von Agrarfabriken**

Vor allem beim Neubau von großen Geflügel- und Schweineanlagen gibt es derzeit bundesweite Proteste und Medienberichte. Auch CDU-Landräte und CDU-Politiker nehmen dabei immer weniger Rücksicht auf die bisherige Lobby-Verfilzung mit Agrarindustrie und Bauernverband (der Geflügelwirtschafts-Verband z.B. ist Mitglied im Bauernverband)..Mit Blick auf EU-Vorgaben und auf Wählerstimmen gerade auch in den Intensivregionen reagiert die Politik:

- mit dem von niedersächsischen Ministerpräsidenten begonnenen Tierschutzplan,
- mit den sich anbahnenden Beschlüssen zur Streichung der Bau-Privilegierung für gewerbliche Tierhaltung und für große Anlagen,
- mit Antibiotika-Reduzierungsprogrammen,
- mit neuen Brandschutz- und Keimschutzaufgaben etc..

Diese Vorgaben im Tierschutz- und Baurecht werden kommen, ob man das nun bedauert oder nicht. Borniert und perspektivlos ist, wer diesen Zug aufhalten will. Im Interesse der Bauern absolut dringlich ist eine aktive und konstruktive Einmischung in diese Debatte, um die damit verbundenen, eigentlich unübersehbaren Chancen aktiv zu nutzen.

### **Grenze zwischen „Landwirtschaft“, „Gewerbe“ und „Agrarindustrie“**

Zunächst: Die Grenze zur Agrarindustrie bzw. zu „Agrarfabriken“ zieht das bestehende Bundes-Immissionsschutz-Gesetz (BImSchG), das ja per se für industrielle Anlagen gilt und das Ställe oberhalb bestimmter Tierzahlen wegen der Umweltrisiken nicht nach Baurecht sondern nach BImSchG untersucht und ggf. ablehnt. **Diese BImSchG-Grenzen legt auch das bundesweite „Netzwerks Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ seinen Forderungen nach einem Verbot von Agrarfabriken zugrunde: 1.500 Plätze in der Schweinemast, 560 bei Sauen, 4.500 bei Ferkelaufzucht, 15.000 bis 30.000 bei Geflügel, 600 bei Rindern.** Größenordnungen, bei denen derzeit nur eine Minderheit der Tierhalter und der Tierbestände betroffen wäre. Größenordnungen, von denen aber auch ein klares Signal ausgeht - gegen den derzeitigen Stallbauboom hinein in agrarindustrielle Dimensionen und gegen die damit vergrößerten ruinösen Überschüsse. Obergrenzen für Bestände, die rückbaubar sind auf eine artgerechte Tierhaltung mit begrenztem Auslauf und Weidehaltung.

Von einem generellen Bauverbot für gewerbliche Betriebe (also für Betriebe ohne ausreichende Futterflächen-Grundlage für die Hälfte der Tiere) gemäß § 35.1.4 des Baugesetzbuchs wären auch kleinere Betriebe massiv betroffen, die mangels Flächen-Wachstums speziell ihre Veredlung aufgebaut haben. Hier sind unbedingt Sonderregelungen (z.B. Staffelungen wie bei der Gewerbesteuer) notwendig – ein Grund mehr, sich aktiv und konstruktiv in diese Debatte einzumischen anstelle eines pauschalen Ablehnungskurses.

Umgekehrt könnten bei einem Bauverbot für „gewerbliche Betriebe“ etliche baurechtlich „landwirtschaftliche“ Betriebe mit Tausenden von Hektaren auch weiterhin riesige Großställe bauen. Dies wäre möglich durch den § 35.1.1 des Bundesbaugesetzbuchs, welcher das Bauprivileg für „landwirtschaftliche Betriebe“ (also mit 50% der erforderlichen Futterflächen) regelt. Diese für bäuerliche Betriebe elementare Privilegierung beruht ja eigentlich auf dem Umstand, dass bestimmte Ställe nicht im Dorf selbst sondern nur im Außenbereich möglich sind – wegen des im Dorf nicht möglichen Weidegangs und Auslaufs der Tiere. Diese landwirtschaftliche Privilegierung gilt heute in der Form, dass „landwirtschaftliche Betriebe“ zumindest die Hälfte ihres Futters selbst auf eigenen Flächen erzeugen können – als rein

„theoretische Möglichkeit“... Es ist wichtig, die eigentliche Begründung dieser Privilegierung zu kennen, die - durch Ausnutzung durch flächenstarke Betrieben für den Bau von Agrarfabriken - nicht unterhöhlt und gefährdet werden darf.

### **Obergrenzen für Tierzahlen und Ställe**

Deshalb sind generelle Obergrenzen bei den Tierzahlen sowohl für Stallanlagen von baurechtlich „gewerblichen“ als auch von großen „landwirtschaftlichen“ Betriebe notwendig, um die Privilegierung für Bauernhöfe wirklich zu sichern. Für viehdichte Landkreise (mit mehr als 2 GV/ha) plädiert Niedersachsens Agrarminister Lindemann bereits für solche Obergrenzen – wegen der Ausweichstrategien der dortigen Investoren müsste man peu a peu die Zahl der Landkreise sowieso ausweiten – deshalb sollte man diese generelle Obergrenze (Zahlen laut BImSchG s.o.) jetzt gleich flächendeckend verordnen. Dies liegt auch im unmittelbaren Interesse vieler Bauern, die nach einem genehmigten Bauvorhaben eines Agrarindustriellen nie mehr einen eigenen Stall bauen oder erweitern könnten – weil der zugelassene Emissionsspielraum im Außenbereich ausgeschöpft ist.

Die klare Ansage von eindeutigen Tierzahlen-Obergrenzen ist für Landwirte auch wichtig, weil sie klar ersehen können, wer damit gemeint ist und wo sie selber derzeit und mit ihren Bauplänen stehen. Dies gilt vor allem im Hinblick auf EU-Vorgaben, Gesetze und Verordnungen für veränderte Tierhaltungs-Standards:

Eine EU-Richtlinie fordert bereits seit langem das Unterlassen des Kupierens der Ringelschwänze und den Zugang der Schweine zu Stroh – die EU-Kommission mahnt die Umsetzung dieser Richtlinie derzeit gegenüber allen Mitgliedsländern und BRD-Bundesländern mit Drohung von Vertragsstrafen an. Einige EU-Länder haben dies bereits umgesetzt, in Deutschland hat man im Tierschutzgesetz „Ausnahmen“ davon erlaubt. Mit der Folge, dass 99% der deutschen Schweine als „Ausnahme“ deklariert werden – ganz offensichtlich ein künftig unhaltbarer Zustand, auf dessen Änderung sich jeder realistische Schweinehalter einstellen sollte:

### **Kupierverbot erzwingt Stallumbau mit Stroh**

Wenn Ringelschwänze nicht mehr kupiert werden dürfen, muss man den Stress der Schweine abbauen: vor allem mit mehr Platz und Stroh. Mag sein, dass dies bei einigen wenigen Haltern oder bei bestimmten Gruppen nicht nötig ist – generell wird es so sein, und zwar EU-weit, vermutlich verankert in den Cross-Compliance-Vorgaben, deshalb ohne Wettbewerbsverzerrungen. Dies erfordert den Umbau der Ställe, wozu unbedingt schon jetzt massive Umbau-Förderprogramme einzufordern sind.

Stroh – das klingt für viele, vor allem junge Bauern nach Rückschritt, Mehrarbeit und Nichtmodernsein. Aber es geht ja überhaupt nicht um ein Zurück zu den engen Boxen alter Ställe mit ihrem schlechten Stallklima. Damit die Schweine die Buchten mit dem Stroh nicht vollscheißen und so aufwendige Entmistungsarbeiten verursachen, gibt es z.B. bei modernen Bio- oder „Neuland“-Ställen den Zugang der Tiere zu einer betonierten und leicht eingestreuten Fläche im Außenbereich. Durch Gatter, die zum Frontlader-Entmisten beiseiteklappbar sind, sehen die Schweine ihre Nachbar-Rotte und koten und urinieren deshalb nach uraltem Instinkt draußen ab. Mit diesen Ställen sind geringere Baukosten aber auch ein gewisser Arbeits-Mehraufwand verbunden, außerdem erheblich weniger Geruchs-Emissionen, ein besseres Stallklima und Gesundheit der Tiere. Und die Vorzeigbarkeit einer akzeptablen Haltung, die einem intelligenten, verspielten, geruchsempfindlichen, bewegungsaktiven und wühlenden Tier wie dem Schwein angemessen ist.

## **Flächenbindung durch EU-Greening**

Hinzu kommt im Rahmen der EU-Agrarreform das „Greening“, u.a. wohl mit einer Vorgabe für einen Anteil von 20% Leguminosen in der Fruchtfolge. Dies ist nicht nur für die Bodenfruchtbarkeit und den verminderten Stickstoff-Zukauf von Belang, sondern auch für den Ersatz des heftig kritisierten Gensoja-Bezugs aus Brasilien (mit der Verdrängung von Kleinbauern und Regenwald). Gegenüber flächenlosen großen Veredlungsbetrieben schafft diese Flächenbindung einen weiteren Wettbewerbsvorteil von mittelständischen Betrieben gegenüber agrarindustriellen Investoren. Die Obergrenze für Flächenprämien an agrarindustrielle, arbeitsarme Großbetriebe wirkt in die gleiche Richtung und verhindert eine gesellschaftliche Diskreditierung dieser Zahlungen.

## **Fazit**

**Die Forderungen der Bürgerinitiativen und der NGO-Organisationen und die sich daraus vermutlich entwickelnden politischen Vorgaben können aktiv zur Durchsetzung von Interessen mittelständischer, bäuerlicher Betriebe genutzt werden – zum Abbau von preisdrückenden Überschüssen, zur Durchsetzung höherer Einkommen und zur Sicherung der gesellschaftlichen Akzeptanz.**

## **Und die Geflügelmast?**

Im Gegensatz zur Schweinehaltung gibt es im Geflügelbereich kaum noch unabhängige Landwirte. Alle „Vertragsmäster“ sind abhängig von großen agrarindustriellen Konzernen, von denen sie Küken, Futter und Medikamente beziehen, nach deren strikten Vorgaben sie mit eigenem Risiko die Tiere halten und an die sie die Tiere nach der Mast abliefern müssen. Die Haltungsbedingungen vor allem in der Endmast sind nicht vorzeigbar – bei einseitig auf Brustfleisch qualgezüchteten Masthühnern mit 20 Tieren auf einem Quadratmeter, die ganze Mast auf eigenem Kot, zu 70 bis 100 % mit schmerzhaften Fußballenentzündungen, mit durchschnittlich 2,3 Antibiotika-Gaben während der 40-Tage-Mast, mit erheblichem Keim- und Geruchsausstoß in die Umgebung. All dies sind Gründe, weshalb die allermeisten Landwirte diese Art der Produktion ablehnen und den Dorffrieden nicht aufs Spiel setzen.

Bisher beherrschten vor allem die drei Konzerne Wesjohann („Wiesenhof“), Stolle und Sprehe sowie bei Puten Kalvelage („Heidemark“) die Szene. Im Oligopol wuchsen sie in einem wachsenden Markt nebeneinander her und stellten die Gewinnmargen ihrer Mäster so ein, dass ein Viertel eine ausreichende Eigenkapitalbildung erreichen konnte, dass ein Viertel nicht einmal einen Lohnanspruch erwirtschaftete und durch Selbstausschüttung Geld zulegte und 50% sich irgendwie dazwischen bewegten. Das belegen auch die Betriebszweig-Auswertungen jener Jahre, die für einen durchschnittlichen Betrieb etwa 5-6 Cent Gewinn pro Masthuhn und somit bei 7,5 jährlichen Stall-Durchgängen eines 40.000er-Stalls einen Gewinn in Höhe von 15.000 bis 18.000 Euro auswiesen (den Düngewert des Trockenkots schon eingerechnet). Bei einer zumeist fremdfinanzierten Stall-Investition von 500.000 Euro also nur eine Rendite von mageren 3%, die man bei bloßer Geldanlage auch ohne Arbeit und Risiko erreicht. Selbst absolute Spitzen-Vorzeigebetriebe nannten uns bei Besichtigungen nur einen durchschnittlichen Gewinn von 10 Cent pro Tier (incl. Trockenkot-Wert), also 30.000 Euro pro Stall.

## **Hähnchenblase: Überschüsse und flächendeckende Verluste**

Das war in den Zeiten vor der jetzigen Überschuss-Produktion, die vor allem durch das Eindringen neuer Konzerne in den gesättigten Markt entstanden ist: Der Futtermittelhersteller Rothkötter kam binnen weniger Jahre auf 20% Marktanteil und will diesen durch einen

Verdrängungskampf gegen die anderen Konzerne noch weiter steigern ( für seinen neuen Schlachthof in Wietze hat er allerdings bei weitem nicht genug Mäster gefunden). Der von einem Finanzinvestor gesteuerte Konzern Plukon-Friki baut in Ostdeutschland 400.000er-Ställe sowie Schlacht- und Brüterekapazitäten auf. Durch diese Überschuss-Produktion ist in Deutschland (und parallel auch in Europa) eine „Hähnchenblase“ entstanden, der kürzlich als erste die Firma Stolle zum Opfer fiel, die von Plukon übernommen wurde.

In Deutschland gibt es derzeit etwa 2.000 Ställe a 40.000 Plätze. Bei einem seit 10 Jahren nur noch schwach wachsenden Verbrauch von jährlich 4% bedeutet dies, dass das Marktgleichgewicht nur einen Zuwachs von jährlich 80 Ställen erlaubt (2.000 Plätze x 4%). Derzeit werden aber bundesweit etwa 900 Ställe geplant oder gebaut. Diese ruinöse Situation, die absehbar viele Jahre andauert, wird vor allem auf die Mäster abgewälzt. Gleichzeitig sind die Futterpreise explodiert. Selbst Betriebe, die vorher noch Gewinne machten, rutschen nun in die Verlustzone ab.

### **Warnende Überschlagsrechnung**

Die Preise für Masthähnchen sind im letzten Jahr lediglich von 83 auf 92 Cent je kg LG gestiegen – das macht bei 2 kg Lebendgewicht plus 18 Cent Erlös. Gleichzeitig sind die Futterkosten (vermutlich langfristig) um 8 Cent pro kg gestiegen – das bedeutet bei einer Futtermittelverwertung von 1,6 (und damit 3,2 kg für 2 kg LG) eine Kostensteigerung von knapp 26 Cent. Hinzu kommen drastisch gestiegene Kosten für Stallbauten und zusätzliche teure Gutachten, die mehr als 1 Cent pro kg LG ausmachen, also mehr als 2 Cent je Hähnchen.

Ergebnis: Die Durchschnittsmäster, die es vor einem Jahr noch 5-6 Cent Gewinn brachten, machen jetzt mehr als 5 Cent pro Hähnchen Verlust. Selbst die absoluten Spitzenmäster schreiben bestenfalls noch eine schwarze Null.

Im übrigen hat auch der renommierte Agrarindustrie-Experte Prof. Windhorst (Uni Vechta) kürzlich eine ähnliche Einschätzung und Warnung veröffentlicht.

### **Warum investieren trotzdem noch Leute in Hähnchenmastställe?**

Der Hauptgrund dürfte in der Unkenntnis über diese obigen Fakten liegen, die von Geflügel- und Bauernverbandslobby entweder nicht publiziert oder sogar insofern verfälscht werden, als die ruinöse Produktionssteigerung als Zuwachs an sich gefeiert wird. Auch die stetige Aussage, die „Ware fließe zügig ab“, verschweigt die Tatsache, dass dies nur zu immer niedrigeren Preisen möglich ist. Ware fließt immer ab, wenn man den Preis entsprechend senkt – aber das sagt eben überhaupt nichts aus.

Ein weiterer Grund dürfte darin liegen, dass viele defizitäre Mäster ihre Ställe unter der Hand zu niedrigen Preisen an andere Mäster weiter verkaufen, die dann zunächst einmal durch diesen Zukauf-Vorteil auf Kosten anderer Mäster ihre Kosten senken.

Auch wurde durch einen mutigen Landwirt bei Celle bekannt, dass Schlachtkonzern-Vertreter manchen landwirtschaftlichen Stroh Männern Geld anbieten - nur dafür, dass sie für Konzernställe die Bauanträge durchbringen (zwecks Nachschub für unausgelastete neue Schlachtkapazitäten).

Und schließlich und endlich haben manche Mäster ihre Ställe abgeschrieben und haben deshalb eine Zeitlang geringere Kosten. Aber diesen Vorteil haben die Neueinsteiger in den Hähnchenmarkt eben definitiv nicht.

In der mittlerweile rückläufigen und ebenso ruinösen Putenmast haben Schlachtkonzern-Erzeugergemeinschaften ihre Mitglieder bereits angeschrieben, sich für eine Form der zeitweiligen Stilllegung ihrer Ställe zu entscheiden - das bedeutet dann noch weniger Erlöse bei weiter laufenden Kapitaldiensten für die Ställe...

Denjenigen Landwirten, die angesichts fehlender Wachstumsmöglichkeiten über die Fläche den Einstieg in die Hähnchenmast als „zweitem Standbein“ erwägen, muss man klar sagen: Der Einstieg in Hähnchenmast ist absolut keine Perspektive, sondern ein Verlust-, und Abhängigkeits- und Konfliktbringer. Wer trotzdem die zumeist massiven Auseinandersetzungen mit den Nachbarn eingeht, die zu Recht um den Wert ihrer Immobilien, um ihre Gesundheit und Lebensqualität fürchten, übersieht: Nachbarschaft ist auch ein Wert, Gräben in den Dörfern können auch ganz praktisch teuer werden.

### **Neben die Betriebswirtschaft muss wieder eine agrarpolitische Interessenvertretung treten**

Die Zeiten, in denen das Wachsen des einen auf Kosten des anderen zumindest für einige noch eine Perspektive schien, gehen angesichts rasant zunehmender Konzernbildung vorbei. Es wird höchste Zeit, dass Bauern wieder gemeinsam agrarpolitisch für bessere Preise eintreten, so wie es der Bundesverband Deutscher Milchviehhalter anstrebt und auch beinahe geschafft hätte (bevor Bauernverband und Länderagrarminister die im Milchstreik gemachten Versprechen brachen). Dies ist auch die Perspektive z.B. der Rübenanbauer, deren Interessenvertretungen nicht länger an „ihrem“ Zuckerkonzern und deren Aktionären hängen sollten – auch hier ist endlich eine bundes- und europaweite Interessenvertretung aller Rübenbauern gegenüber den Zuckerkonzernen angesagt.

Für die Durchsetzung des Ziels „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ und bessere Erzeugerpreise braucht man eine von Agrar- und Ernährungsindustrie unabhängige Interessenvertretung und starke Bündnispartner in der Gesellschaft. In der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, im „Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken“, im „AgrarBündnis“, in den Bioverbänden, im Bundesverband Deutscher Milchviehhalter und in der Kampagne „Meine Landwirtschaft“ ([www.meine-landwirtschaft.de](http://www.meine-landwirtschaft.de)) wird genau daran gearbeitet.